

C 3661 · Nr. 3/00

Regenwald Report



Blutige Diamanten

Liebe Leserin,
lieber Leser

Überall in der Welt versuchen Menschen die Wälder und die Natur zu schützen und zwar mit Erfolg. 1994 deckte *Rettet den Regenwald* auf, dass Hamburger Geologen im abgelegenen Regenwald in Peru nach Öl suchten im Auftrag des Mobil Konzern. Zahlreiche Aktionen, Protestpostkarten Unterschriftensammlungen folgten in Deutschland und auch in anderen Ländern. Nun können wir endlich vermelden, dass sich Mobil aus dem Projekt zurückzieht. Wir freuen uns sehr über diesen Erfolg.

Umso trauriger ist die Lage in Afrika: In blutigen Bürgerkriegen sterben Hunderttausende Menschen. Angeheizt



werden diese Kriege durch Einnahmen aus Rohstoffen. Öl, Tropenholz, seltene Erze finanzieren die

Waffen für die Kriege. Besonders perfide ist dabei der Handel mit Diamanten. Leicht zu schmuggeln entwickeln sich die wertvollen Steine zu Brandbeschleunigern für den Massenmord. Gott sei Dank hat - wiederum eine winzige Umweltorganisation - *Gobal Witness* den Kampf gegen den Diamantenhandel erfolgreich begonnen. Wir müssen jetzt rechtzeitig vor Weihnachten die Öffentlichkeit über den grauenvollen Ursprung vieler Schmuckstücke informieren. Es wäre ein Hohn auf das Weihnachtsfest, wenn weiter Diamanten aus blutigen Bürgerkriegen auf den Gabentischen landen.

Bitte helfen Sie mit, die Menschen aufzuklären und kopieren und verteilen Sie das Flugblatt auf der Rückseite.

Reinhard Besend

Gute Nachrichten

Kampf gegen Raubholz

G-8-Staaten gegen illegalen Einschlag

Die sieben führenden Industrienationen und Russland haben auf ihrem letzten G-8-Gipfel beschlossen, den Handel mit illegalem Holz zu bekämpfen. Bisher hat allerdings allein die britische Regierung Nägel mit Köpfen gemacht. Neue, strenge Einfuhrbestimmungen wurden verabschiedet, die die Einrichtung regierungsamtlicher Agenturen vorsehen, welche verpflichtet sind, ausschließlich Holz aus legalen und nachhaltigen Quellen zu kaufen. Gleichzeitig sollen die Agenturen direkt mit von Korruption im Holzgeschäft betroffenen Ländern kooperieren, um dort den illegalen Einschlag zu bekämpfen.

Mit erstaunlich offenen Worten war der Umweltminister Michael Meacher vor das britische Parlament getreten: „Illegaler Einschlag schädigt die Umwelt und die Gesellschaft. Er verringert die Staatseinnahmen, zerstört die Lebensgrundlage der Ärmsten und heizt in einigen Fällen sogar bewaffnete Konflikte an“



Hermes-Bürgerschaft zurückgezogen

Keine Steuergelder für Staudamm

Siemens und die *HypoVereinsbank* haben ihren Antrag auf eine Hermesbürgschaft für den indischen Maheshwar-Staudamm am Narmada-Fluss zurückgezogen. Fast drei Jahre hatten Umwelt- und Menschenrechtsgruppen von der Bundesregierung immer wieder eine Ablehnung dieser Bürgschaft gefordert, darunter auch *Rettet den Regenwald* (RR 4/99).

Bei einer Realisierung des Projektes würden Zehntausende Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Ein Gutachten des deutschen Entwicklungsministeriums hatte dem Vorhaben verheerende ökologische und soziale Folgen bescheinigt. Trotzdem will *Siemens* an seinen Plänen festhalten. Deswegen haben mehrere NGOs zur Ächtung des Weltkonzerns aufgerufen. In Indien selbst kämpft die *Narmada Bachao Andolan* gegen den Staudamm, ein Zusammenschluss aus von Vertreibung bedrohten Dorfbewohner, prominenten Künstlern, Akademikern, Geistlichen und ehemaligen Freiheitskämpfern.

Möbel aus überprüften Holz

US-Holzriese will Wälder schützen

Lowe's Companies, weltweit zweitgrößter Raumausstatter, hat sich auf eine neue Firmenpolitik verpflichtet, mit der die bedrohten Wälder der Erde geschützt werden sollen. Der Konzern verspricht, die Herkunft des in seinen Produkten verwendeten Holzes zu überprüfen und seine Lieferanten und Regierungen aufzufordern, unverzüglich Schritte zum Schutz bedrohter Waldgebiete einzuleiten. Der US-Konzern hat in den vergangenen Jahren gewaltig expandiert und macht heute mit 600 Verkaufsstellen über vier Milliarden Dollar Jahresumsatz allein mit Holzprodukten. *Lowe's* ist bereits der sechste große Raumausstatter, der verspricht, die Herkunft der verwendeten Hölzer zu überprüfen.



Im Sommer 1994 protestierten *Rettet den Regenwald*-Aktivisten vor der Hamburger *Mobil*-Zentrale gegen Pläne des Ölgiganten, im Regenwald-Reservat „Tambopata-Candamo“ nach dem „schwarzen Gold“ zu bohren. Jetzt dürfen sich die Demonstranten von damals freuen: *Mobil* zieht sich aus dem Gebiet vollständig zurück. Gleichzeitig verdreifachte die peruanische Regierung die Fläche des „Bahua Sonene“-Nationalpark im Südosten des Landes.

Das Einzugsgebiet des Tambopataflusses unweit der bolivianischen Grenze gilt als eines der weltweit wichtigsten Gebiete für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Über 500 Vogelarten (in ganz Deutschland zirka 330 Arten), 1250 Schmetterlingsarten in einem einzigen Untersuchungsgebiet und über 100 Fischarten stellen Rekordwerte dar. Dabei ist das gesamte Inventar erst bruchstückhaft erfaßt. Praktisch jede Untersuchung stößt auf biologische Reichtümer. So wurden erst kürzlich zwei neue Pflanzen entdeckt und 60 Arten konnten der Pflanzenliste Perus hinzugefügt werden. Vor zehn Jahren, als Wissenschaftler begannen den Reichtum des Gebietes zu erahnen, wurde ein vorläufiger Schutzstatus erlassen.

Erfolgreich gegen Mobil Peru verdreifacht Regenwald-Nationalpark



Fernsehfilm:

Die Wölfe des Rio Manua - Riesenotter in Peru
30. November 2000 um 20.15 Uhr im Ersten

1996 erhielten 325.000 Hektar den Nationalparkstatus. Allerdings betrug die Fläche des Bahua-Sonene Nationalparks nur ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen Größe. Der Rest wurde zunächst ausgeklammert, da ein Konsortium aus internationalen Öl- und Gasgesellschaften dort reichhaltige Bodenschätze vermutete. In weiser Voraussicht wurde jedoch dem jungen Nationalpark bereits zu Beginn ein „Wachstumskeim“ eingepflanzt. Gebiete, in denen keine lukrativen Öl- und Gasvorkommen zu erwarten waren, sollten nach Ablauf einer bestimmten Frist dem Nationalpark zugerechnet werden.

Jetzt war es soweit. Über eine Millionen Hektar umfaßt der erweiterte Nationalpark mit strengen Schutzauflagen. Dazu kommen noch das Nationale Reservat Tambopata mit 250.000 Hektar und eine Pufferzone mit 260.000 Hektar. Damit fügt Peru wichtige Glieder in die Kette von Schutzgebieten ein, die sich entlang des Andenbogens zieht, mit dem weltberühmten Manu-Nationalpark als Bestandteil, und die nun bis zum bolivianischen Madidi-Nationalpark reicht. Im vergangenen Jahr hatte *Rettet den Regenwald* dem peruanischen Botschafter in Deutschland 10.000 Protestunterschriften gegen eine Ölgewinnung durch *Mobil* überreicht.



Der Rohstoffreichtum ist für Afrika zum Fluch geworden.

Blutige Diamanten

Mit den edlen Steinen werden besonders in Afrika Kriege erst richtig angeheizt - auf Kosten von Mensch und Natur.

Die ruandischen Hutumilizen kamen im Morgengrauen des vierten September. Mit Macheten und Gewehrkugeln töteten sie einen kongolischen Journalisten, einen Soldaten und zwei Parkranger, die sich bei einer Aufzuchtstation für verwaiste Gorillas aufgehalten hatten - im Kahuzi-Biega Nationalpark, der im Südosten der Demokratischen Republik von Congo (DRC) liegt. Einen Tag zuvor hatten Milizen etwa 100 Kilometer nördlich des Parks bereits sechs Menschen getötet und neun verwundet. Die Täter hatten ein kleines Dorf angegriffen, Häuser niedergebrannt, Lebensmittel, Medikamente und Geld gestohlen und waren danach Richtung ruandische Grenze verschwunden.

Alltag in der DRC, dem früheren Zaire. Seit dort im August 1998 erneut ein Bürgerkrieg tobt, herrscht in dem riesigen zentralafrikanischen Land Chaos und Anarchie.

In vielen anderen Gegenden Afrikas sieht die Lage nicht besser aus. 14 Staaten sind derzeit auf dem schwarzen Kontinent in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt. Für Wafenhändler aus aller Welt ein lukrativer Markt.

„Das Geschäft mit Waffen für Afrika ist zu einem der größten Wirtschaftsfaktoren der Welt geworden“, schrieb die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND kürzlich. „Die todbringenden Waren aus dem Ausland werden meist gegen Rohstoffe getauscht. Vor allem in Angola, im Kongo und in Sierra Leone spielen Diamanten dabei die entscheidende Rolle.“

Auch wenn Marilyn Monroe einst überzeugt war: „Diamonds are the girl's best friends.“ Was heute an Fingern brilliert und in Dekolletés funkelt, sind nicht selten blutige Freunde. Mit illegalem Diamantenhandel werden inzwischen vor allem in Afrika Bürgerkriege finan-

ziert. Eine mörderische Spur führt von dort über Schmuggelpfade direkt nach Antwerpen, New York oder Tel Aviv.

Die „Blutdiamanten“ heizen Kriege erst richtig an und verlängern sie, hat die britische Menschenrechts- und Umweltorganisation *Global Witness* in ihrer Studie *Conflict Diamonds* bewiesen. Denn Diamanten sind eine konzentrierte Form von Reichtum, und deswegen verspricht der Handel mit ihnen - legal oder illegal - große Profite.

Das Geschäft mit „Blutdiamanten“ ist simpel, weil die kleinen Edelsteine leicht zu verstecken sind. Wafenhändler, korrupte Regierungen und lokale Rebellenchefs haben ein logistisches Netz geknüpft. Es erstreckt sich von Wüstenflugplätzen in den Vereinigten Arabischen Emiraten über Waffenschmieden in der EU und Osteuropa bis zu den Präsidentenpalästen in Liberia, Sierra Leo-

Diamantenkampagne

ne und Ruanda und weiter zu den Büros der Diamantenhändler in Antwerpen, New York, Bombay, Johannesburg und Tel Aviv.

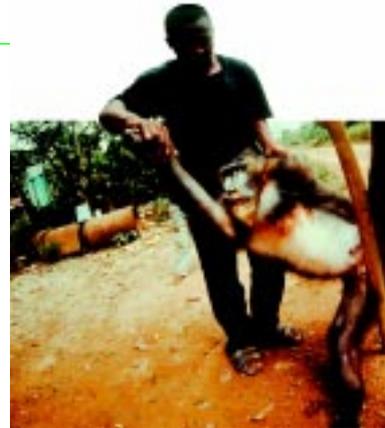
Die Folgen des blutigen Geschäftes sind in den Ursprungsländern katastrophal: Bestens bewaffnete marodierende Banden und Milizen terrorisieren die Zivilbevölkerung und plündern Dörfer, aber auch die Natur. Diamantenschmuggel geht gewöhnlich Hand in Hand mit illegalem Holzeinschlag und der Wilderei von geschützten Tieren, Menschenaffen und Elefanten eingeschlossen.

Im Kahuzi-Biega Nationalpark werden die Auswirkungen besonders drastisch deutlich. Dichte, nahezu unberührte Regenwälder erstrecken sich in dem Schutzgebiet von den östlichen Höhenlagen in der DRC bis zum Kivu-See. Früher haben Ranger den Park kontrolliert und

die dort lebenden Flachland-Gorillas vor Wilderern geschützt. Außer den vom Aussterben bedrohten Menschenaffen beherbergte der Park hunderte Antilopen, Büffel, Schimpansen, Waldelefanten und Halbaffen. Touristen brachten Devisen ins Land und wurden dafür mit organisierten Trekking-Touren auf den Spuren der Gorillas belohnt.

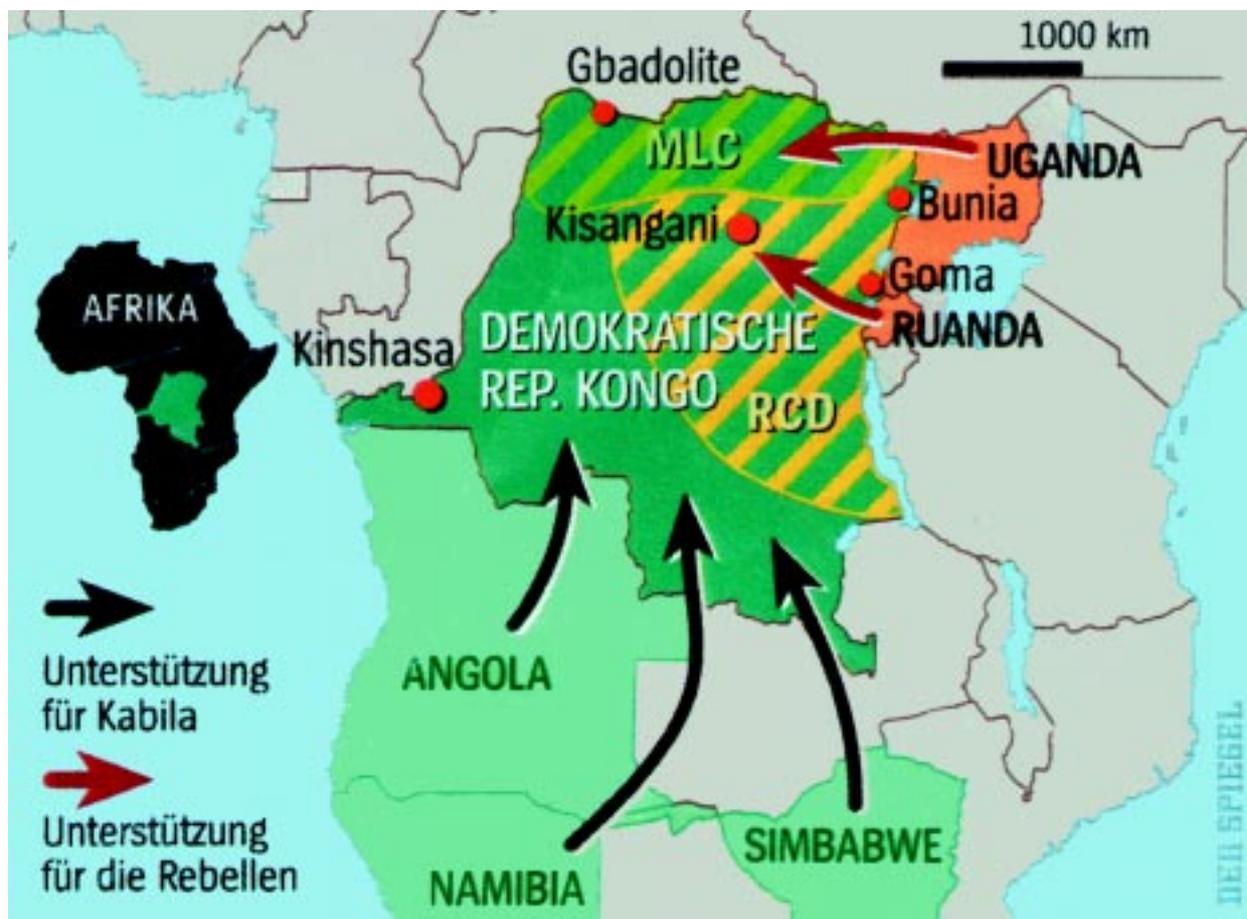
Schätzungsweise eine Million Dollar bringt ein lebender Gorilla dem Kongo durch Eintrittspreise und andere Ausgaben der Besucher. An einem abgeschlachteten Tier verdienen Wilderer gerade einmal 80 Dollar.

Als vor drei Jahren die ersten Rebellen in den Kongo eindrangen, wurden die Parkranger entwapnet und die international geschützten Tiere gejagt, um die Soldaten mit Fleisch zu versorgen. „Bei ihrem Überlebenskampf, sind die Gorillas



Um die Soldaten mit Fleisch zu versorgen, werden Tiere aller Arten gejagt.

gleich von mehreren Fronten bedroht. Durch die Zerstörung ihres Lebensraums und durch Wilderer sowieso“, sagt Hope Walker, Präsident der *Primate Conservation and Welfare Society*. „Dass die Gorillas jetzt auch ins Kreuzfeuer des anhaltenden Bürgerkrieges gekommen sind, könnte die Art endgültig auslöschen.“



Krisenherd Demokratische Republik Kongo: Fünf Nachbarstaaten (Angola, Namibia, Simbabwe, Uganda und Ruanda) beteiligen sich am Krieg um Rohstoffe und Macht.



Die letzten Gorillas werden den Bürgerkrieg vielleicht nicht überleben - sie enden im Kochtopf.

Die Nationalpark-Verwaltung vom Kahuzi-Biega kontrolliert heute zirka fünf Prozent des Schutzgebietes. Bewaffnete Banden und ruandische Hutumilizen, die mit der Armee von Präsident Laurent Kabila verbündet sind, drängen aus der südlichen Kivu-Provinz in den Park ein und haben den größten Teil unter Kontrolle. Für Besucher wurde das Gebiet bereits im August 1998 gesperrt. „Die Wilderei im Kahuzi-Biega Nationalpark hat seit 1999 erheblich zugenommen“, berichtet Chantal Sahlukoma. „Die Wilderer konzentrieren sich auf Elefanten und Gorillas. „Vor allem die Elefantenjäger bilden ein komplexes Netzwerk.“ Das Elfenbein werde exportiert, das Fleisch bleibe im Land. „Innerhalb weniger Monate wurden 17 Elefanten und 20 Gorillas getötet - allein im Nationalpark Kahuzi-Biega“, hat Chantal Sahlukoma recherchiert, die in dem Schutzgebiet arbeitet und von der Organisation *Berggorilla und Regenwald Direkthilfe e.V.* aus Mülheim an der Ruhr unterstützt wird.

Der vor zwei Jahren erneut entflammte Bürgerkrieg in der DRC behindert die Möglichkeiten der Naturschützer enorm und macht ihre Arbeit gefährlich. Weil mehr als ein halbes Dutzend Staaten involviert sind, bezeichnete US-Außenministerin Madeleine Albright den blutigen Konflikt in der DRC sogar als „Afrikas ersten Weltkrieg“.

2,1 Millionen Menschen sind direkt betroffen, weitere 75 Millionen indirekt. 1,7 Millionen Menschen starben seit Ausbruch der Kämpfe an den Kriegsfolgen - die meisten an vermeidbaren Krankheiten oder Hunger. Nach Angaben von Hilfsorganisationen gibt es in dem Land mittlerweile über eine Million Binnenflüchtlinge. Handel, Verwaltung und Bildungssystem sind zusammen gebrochen, ein funktionierender Staat existiert nicht mehr.

Verschiedene Rebellengruppen halten sich in den Wäldern auf, ohne auf die empfindliche Natur Rücksicht zu nehmen. „Wenn ihnen eine Gorillagruppe über den Weg läuft, kann es passieren, dass die Soldaten in Panik auf die Tiere schießen“, berichtet Chantal Sahlukoma. Aufgrund der Anwesenheit schwer bewaffneter Milizen können die Wildhüter längst nicht mehr regelmäßig patrouillieren, um illegale Aktionen wie Wilderei rechtzeitig zu unterbinden.

Die Auswirkungen auf Tiere und Wald sind katastrophal. 1996 fand die letzte umfassende Gorilla-Bestandsaufnahme im Park statt. Damals schätzte man die Zahl der Gorillas auf 8.000 und die der Elefanten auf 3.600 Tiere.

Heute weiß niemand, wie viele Exemplare die Wilderei überstanden haben, doch die wenigen vorhandenen Zahlen sind alarmierend. Im alten Teil des Parks, in dem auch die Berge Kahuzi und Biega liegen, vermutet man nur noch 70 Gorillas - 1996 waren es 258.

Früher lebten dort schätzungsweise 350 Elefanten, Anfang 2000 wurden nur noch Spuren von fünf Tieren gefunden. Das Fehlen der Elefanten ist inzwischen deutlich sichtbar: Die

Vegetation wächst viel dichter und die Wege der grauen Riesen, die auch von anderen Tieren genutzt werden, fehlen.

Die Parkbehörde ist gegen die Folgen der Kriegswirren machtlos. Tausende Menschen sind vor den Kämpfen aus dem westlichen in den östlichen Parkteil geflohen und bedrohen auf der Suche nach Nahrungsmitteln den Wald und seine Tiere. Verschiedene Rebellengruppen halten gemeinsam über 90 Prozent der Parkfläche besetzt, wo sie Mineralien und andere Ressourcen abbauen.

Für die geschätzten 2.500 Minenarbeiter ist „Bushmeat“ die Hauptnahrung. Daneben plündern einige Reiche aus der nahe gelegenen Provinzhauptstadt Bukavu Teile des Parks, indem sie dort den Wald abholzen lassen.

„Um den Park zu retten, müsste er komplett entmilitarisiert werden, einschließlich der wichtigsten Flugzeugpiste, über die die Bodenschätze ausgeflogen werden“, berichtet Jo Thompson vom amerikanischen *Wildlife Research Project*.

Auch im Virunga-Nationalpark, der in Kabilas Einflussgebiet liegt, hinterlässt der Krieg blutige Spuren. Soldaten jagen im Schutzgebiet. Die

GIB DEM NEUEN
JAHRTAUSEND
DEINEN
PERSÖNLICHEN SCHLIFF

DE BEERS

EIN DIAMANT IST UNVERGÄNGLICH

Arbeit der Wildhüter ist stark eingeschränkt, weil die Milizen den Park unsicher machen. Mehrmals wurden Ranger überfallen und schwer verletzt.

Zudem werden die Gehälter der Wächter nicht bezahlt, weil aus der Hauptstadt Kinshasa schon lange keine Hilfe mehr kommt. Dort kauft die Regierung lieber Waffen. Das nötige Geld verdient sie mit Diamantenschmuggel.

Auf der einen Kriegseite sitzt die Regierung von Präsident Kabila, unterstützt von Angola, Simbabwe und Namibia. Auf der anderen lauern kongolesische Rebellengruppen gemeinsam mit regulären Soldaten aus Uganda, Burundi und Ruanda. Die Milizen beherrschen rund 60 Prozent des riesigen Landes und kontrollieren dabei die rohstoffreichen Ostprovinzen. Kindersoldaten werden rekrutiert, es wird geplündert, gebrandschatzt, und neue warlords bereichern sich am Krieg, der lukrativer für sie ist als der Frieden. Kabila setzt wie die Rebellen auf Diamanten. Er verkaufte beispielsweise eine Mine an Namibia, als Dank für die militärische Hilfe.

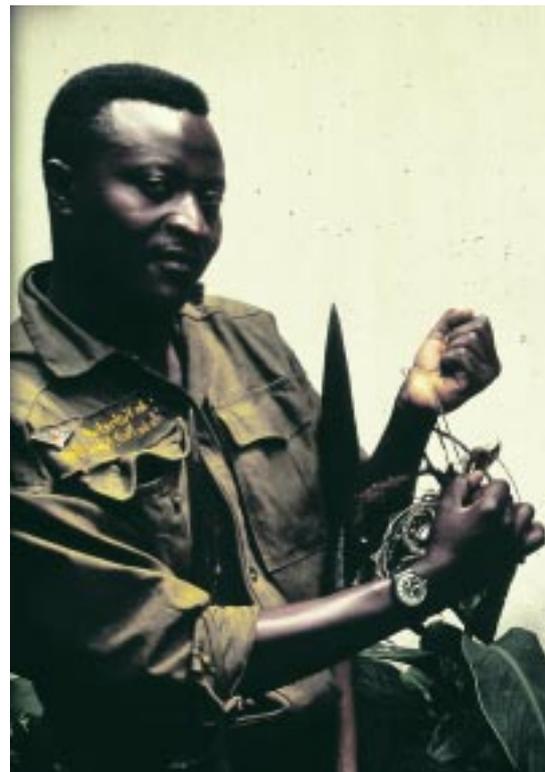
Uganda holt aus dem Kongo Tropenhölzer und Kaffee. Diamanten und Gold werden überwiegend Richtung

Ruandas Hauptstadt Kigali gebracht. Die edlen Steine wandern von dort ungehindert außer Landes und werden in Antwerpen auf der weltweit größten Diamantenbörse gehandelt. Von den Profiten kaufen die Kriegsherren postwendend neue Waffen. „Der Rohstoffreichtum ist für Zentralafrika zum Fluch geworden“, sagt Heinz Werner Wessler, Journalist und Mitarbeiter der Koordinierungsgruppe *Internationaler Kongo-Appell*.

„Und Europa ist mit verantwortlich.“ Denn die teuren blutigen Steine landen in vornehmen Schmuckgeschäften von New York, London und auch auf deutschen Shopping-Meilen, wo sie zynischerweise als Liebesbeweise gekauft und verschenkt werden. Oder die teuren Steine wandern in die High Tech-Betriebe der reichen Länder, wo sie von der Industrie als begehrter Rohstoff genutzt werden.

In Afrika ist es relativ leicht, „Blutdiamanten“ zu definieren. Dort sind es Steine, die aus Gebieten stammen, welche unter der Kontrolle von Armeen oder paramilitärischen Einheiten sind, die gegen demokratisch gewählte und international anerkannte Regierungen kämpfen. Die Rebellengruppen müssen ihre Soldaten ernähren und bezahlen und immer neue Waffen kaufen, um das strategische Gleichgewicht zu halten. Seit Ende des „Kalten Krieges“ bekommen die „Freiheitskämpfer“ kein Geld mehr von den einstigen Militärblöcken in Ost und West. Stattdessen nutzen sie sämtliche Ressourcen, die sich verkaufen lassen: Holz, Tiertrophäen, Gold und besonders Diamanten. Die Kriege in Angola, Sierra Leone, Liberia und der DRC sind aktuell die eindrucksvollsten Beispiele dafür, dass Rebellen in der Lage sind, ihre Konflikte mit Diamantenverkäufen zu bezahlen. In allen vier Kriegen hat der Kampf um die Kontrolle der Diamantenfelder einen Teufelskreis aus Gewalt, Massenflucht und Wirtschaftskollaps ausgelöst.

Bis heute haben die reichen Industrieländer, Hauptabnehmer von Dia-



Auch mit Drahtschlingen wird in Nationalparks gewildert um Fleisch für Soldaten zu beschaffen.

manten, keine wirksamen Schritte unternommen, das Geschäft mit „Blutdiamanten“ auszutrocknen. Immer noch überschwemmen auch europäische und amerikanische Waffen den afrikanischen Kontinent, wo im Gegenzug die reichlich vorhandenen Rohstoffe ausgebeutet werden.

Die Studie von *Global Witness* prangert folglich die Mitschuld westlicher Regierungen und Konzerne bei der Verlängerung von Bürgerkriegen durch blutige Diamanten an. Fehlende, effektive Kontrollen in der Diamantenindustrie hätten es den afrikanischen warlords erlaubt, die verheerenden Konflikte zu bezahlen. *Global Witness* fordert von Regierungen und Industrie ein transparentes Zertifizierungssystem für Diamanten, mit dem sicher gestellt werden kann, dass die blutige Ware aus dem Verkehr gezogen wird. Zunächst konzentrierte sich die Arbeit von *Global Witness* auf Sierra Leone und Angola, den beiden Ländern mit UN-Friedenstruppen.



Immerhin hat es die kleine Organisation geschafft, die Weltgemeinschaft zu ersten Schritten zu zwingen und die Öffentlichkeit mit dem Thema „Blutdiamanten“ zu konfrontieren. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat inzwischen ein Exportverbot für Diamanten aus Angola und Sierra Leone verhängt. Der Diamantenhandel wird weltweit von dem südafrikanischen Diamantenkonzern *De Beers* beherrscht. Das Unternehmen kontrolliert über seine Verkaufsorganisation, die *Central Selling Organisation* in London, etwa 65 Prozent des weltweiten Handels mit Rohdiamanten. 1999 erzielte *De Beers* mit dem Verkauf der funkelnden Steine einen Rekordenerlös von 5,24 Milliarden US-Dollar - eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 57 Prozent. Der Gewinn schnellte auf 925 Millionen US-Dollar empor.

De Beers verkündete im März diesen Jahres, es werde ab sofort garantieren, dass von ihm gehandelte Diamanten nicht aus Bürgerkriegsregionen stammen. Um das Ziel zu erreichen, würden keine „Rebellendiamanten“ mehr aufgekauft. Der Diamantenriese reagierte damit nicht nur auf Druck von *Global Witness*, sondern auch auf einen UN-Report. Die Diamanten, laut eigenem Werbeslogan „ein Stück Ewigkeit“, trugen plötzlich hässliche Blutflecken.

Die Ermittlungsgruppe der Vereinten Nationen unter der Leitung des Kanadiers Robert Fowler hatte herausgefunden, dass *De Beers* zwischen 1993 und 1997 über das Unternehmen *De Decker Diamonds* für viele Millionen edle Steine der UNITA-Rebellen aus Angola aufgekauft hatte.

Heute schwört der Weltmarktführer Stein auf Bein, UNITA-Diamanten seien längst tabu. Für die Kampagne gegen „Blutdiamanten“ ein Erfolg, auch wenn *De Beers* vermutlich weniger aus ethischen, denn aus wirtschaftlichen Gründen gehandelt hat. Kritiker bezweifeln nämlich die Redlichkeit von *De Beers*, berichtet die Zeitschrift ENTWICKLUNGS-



Der durch Diamanten finanzierte Krieg vernichtet Mensch und Natur.

POLITISCHE INFORMATIONEN (epi) in ihrer September-Ausgabe. Das Diamantenkartell habe nur seine Taktik, nicht aber seine Strategie geändert. Denn das größte Problem der Branche sei ein Überfluss an Steinen, wodurch ein Preisverfall drohe.

„Monatelang hatte *De Beers* die Vereinten Nationen bearbeitet, bis der Sicherheitsrat einen globalen Bann gegen undokumentierte Diamanten aus Konfliktzonen ausgesprochen hat“, berichtet epi. Funktioniert der Bann, besteht weniger Gefahr, dass der Markt mit Ware überschwemmt wird. „Hat das Diamantenkartell die Vereinten Nationen vor seinen Karren gespannt?“ fragt daher epi. *De Beers* habe den UN im Kampf gegen „Rebellendiamanten“ sogar seine Unterstützung durch eigene Anwälte und Detektive angeboten.

Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sind allerdings skeptisch, ob die Diamantenhändler, allen voran *De Beers*, tatsächlich „unblutige“ Ware garantieren können. Deswegen fordern die NGO weitergehende Schritte: Die Kennzeichnung der Steine durch unabhängige Zertifizierer, damit die Verbraucher klar erkennen können, woher die teuren Stücke kommen, und die Ausdehnung des UN-Embargos auf weitere Bürgerkriegsbeteiligte.

Denn wer heute Diamanten aus der DRC oder am Krieg beteiligten Ländern wie Uganda, Ruanda, Burundi, Simbabwe oder Namibia kauft, finanziert den Bürgerkrieg mit seinen Menschenopfern und die Verwüstung von Afrikas Natur.

„Solange nicht sichergestellt ist, dass Diamanten ohne Umweltzerstörung und Bürgerkrieg gewonnen werden, müssen wir die Hände von den blutigen Klunkern lassen“, fordert Reinhard Behrend von *Rettet den Regenwald*. Den Nachweis müssten die Händler erbringen.

Inzwischen hat die UN immerhin auf einem anderen Feld reagiert. Die UNESCO hat kurzfristig knapp 2,9 Millionen Dollar aufgebracht und weitere Mittel in Aussicht gestellt, um in der DRC in vom Krieg betroffenen Schutzgebieten Flora und Fauna zu retten. Mit dem Geld sollen die Wildhüter bezahlt werden, damit sie ihre Arbeit durchführen können. Außerdem sollen Programme finanziert werden, welche die indigenen Völker stärker in Schutzkonzept integrieren.

Es geht in Zentralafrika um nicht weniger als das zweitgrößte Regenwaldgebiet der Erde, Lebensraum für zahlreiche Waldvölker und Heimat bisher ungezählter Tier- und Pflanzenarten, darunter viele endemische. Sterben die Wälder, verschwindet auch die ohnehin schon stark bedrohte Flora und Fauna, darunter die Menschenaffen, unsere nächsten Verwandten.

In der Demokratischen Republik Kongo starben seit Ausbruch der Kämpfe bereits 1,7 Millionen Menschen. Gleichzeitig werden die Nationalparks geplündert. Tausende Gorillas und Elefanten wurden gejagt, der Regenwald wird abgeholzt. Die vor Ort arbeitenden Naturschützer sind trotz der UN-Gelder auf zusätzliche Hilfe angewiesen. *Rettet den Regenwald* möchte die Wildhüter im Kahuzi-Biega Nationalpark mit mindestens 10.000 Mark unterstützen und bittet dafür um Spenden (Konto siehe letzte Seite). Gleichzeitig starten wir eine neue Kampagne: Hände weg von Blutdiamanten!



RdR: Teilen Sie die Einschätzung von Global Witness, dass illegal durch Rebellen gewonnene und gehandelte Diamanten die Bürgerkriege in Angola, Sierra Leone, Liberia und der DRC verlängert haben und Friedensvereinbarungen dadurch gebrochen wurden?

Tim Weekes: Wir stimmen absolut mit *Global Witness* überein, dass von Rebellen abgebaute und gehandelte Diamanten in den genannten Ländern eine Rolle bei der Finanzierung der Konflikte gespielt haben. Der Bruch von Friedensvereinbarungen ist allerdings ein komplexes Thema, bei dem in jedem einzelnen Land viele Faktoren mitwirken.

RdR: Warum hat *De Beers* im März 2000 eine neue Diamantenpolitik verabschiedet, die erklärtermaßen garantieren soll, dass von Ihrem Unternehmen gehandelte Diamanten keine „Konfliktdiamanten“ sind?

Tim Weekes: Diese Maßnahme wurde in Form einer Garantie gegenüber unseren Kunden ergriffen, die sicher stellt, dass von uns verkaufte Ware nicht aus Konfliktgebieten stammt. Das ist nicht unbedingt eine neue Politik, weil wir schon im Oktober 1999 ein komplettes Embargo gegen Waren aus Angola verhängt und uns strikt an die entsprechende UN-Resolution 1173 gehalten haben, seit sie im Juni 1998 in Kraft getreten ist.

RdR: Können Sie heute ein praktikables Zertifizierungssystem vorweisen, mit dem garantiert wird, dass keine Konfliktdiamanten mehr verkauft werden

Tim Weekes: Ja, wir legen seit Februar diesen Jahres unseren Produkten eine Garantie bei, in der es heißt: „Keine Diamanten aus dieser Lieferung wurden erworben unter Bruch der UN-Resolution 1173. Die von *De Beers* und assoziierten Unternehmen erworbenen und gehandelten Diamantenlieferungen enthalten keine Diamanten, die aus irgendeiner Region Afrikas stammen, in der bewaffnete Einheiten gegen eine gewählte und international anerkannte Regierung kämpfen“.

Bei sämtlichen Lieferungen, egal ob aus eigenen Minen oder von anderen Produzenten etwa aus Russland und Kanada, können wir genau Rechenschaft abgeben über die Quelle.

RdR: Können Sie bestätigen, dass das Unternehmen *De Decker Diamonds* zwischen 1993 und 1997 UNITA-Diamanten aus Angola auch an *De Beers* geliefert hat?

Tim Weekes: Mit vielen anderen Unternehmen haben wir von Anfang bis Mitte der 90er Jahre Rohdiamanten aus Angola bezogen. Das geschah in einer Situation, als der Friedens- und Versöhnungsprozess in Angola lief und die Aussicht auf Frieden bestand. Auch wenn wir niemals direkt bei der UNITA oder ihren Repräsentanten gekauft haben, ist es logisch anzunehmen, dass ein bestimmter Teil der Diamanten in dieser Zeit aus von der UNITA gehaltenen Gebieten stammte. Damals gab es aber keine Anzeichen dafür, dass der Friedenskurs aufhören würde, weder von der UN, noch von Regierungen oder NGOs. UN-Truppen waren damals sogar mit der Beobachtung von Diamantenabbau durch die UNITA beauftragt.

RdR: Hat *De Beers* jemals Diamanten aus Liberia, Sierra Leone, der ZAR oder der DRC direkt oder indirekt gekauft?

Tim Weekes: In Sierra Leone und Liberia haben wir seit über 15 Jahren kein Einkaufsbüro mehr. Den Einkauf in der DRC haben wir im Oktober 1999 beendet – es gab auch einen Vertrag vor Ort, mit der Produktion aus der staatlichen Miba-Mine handeln zu dürfen. Der Vertrag lief von 1985 bis 1997. In der ZAR hatten wir niemals ein Einkaufsbüro. Seit Ende 1999 haben wir in Afrika überhaupt keine Einkaufs-Niederlassungen mehr.

RdR: *De Beers* betreibt in Afrika 20 eigene Diamantenminen. In welchen Ländern genau liegen diese?

Tim Weekes: Die Diamantenminen betreiben wir in Südafrika, Botswana, Namibia und Tansania.



Die Angaben über den Anteil von Blutdiamanten an der weltweiten Diamantenproduktion schwanken. *De Beers*-Sprecher Andrew Lamont schätzt, dass nur etwa drei Prozent aller Rohdiamanten aus den Konfliktgebieten Afrikas stammen. Die britische und die amerikanische Regierung glauben, er liege viel höher. Auch Christine Gordon, eine unabhängige Diamantexpertin aus London, hält die Zahlen von *De Beers* für untertrieben. Zumindest bis Mitte der 90er Jahre sei 10 bis 15 Prozent der weltweiten Nachfrage aus den Konfliktgebieten Afrikas gedeckt worden.

Inzwischen ist immerhin Bewegung in die Diskussion über das Thema gekommen. *De Beers* hat auf seiner

kanadischen homepage eine Reihe von Absichtserklärungen, Pressemitteilungen und Selbstverpflichtungen veröffentlicht (www.debeers.ca).

Die in London sitzende NGO *Global Witness* publiziert regelmäßig aktuelle Informationen über das Internet. Dort kann auch die im Juni dieses Jahres veröffentlichte Studie „Conflict Diamonds“ herunter geladen werden (www.globalwitness.org).

Informationen vor allem zur Situation in den zentralafrikanischen Nationalparks verbreitet der *Berggorilla und Regenwald Direkthilfe e.V.* über das Internet (www.berggorilla.com).

Sieg für brasilianische Indianer

Ein Gericht verurteilt die Regierung auf Zahlung von einer halben Million Dollar Entschädigung



Für Panará-Indianer ein später Erfolg: Die Wiedergutmachung für materielle und psychische Schäden. Nachdem viel an eingeschleppten Krankheiten gestorben waren, wurde die letzten 79 aus ihrem Land vertrieben und in einem Reservat untergebracht.

Historischer Erfolg für brasilianische Indianer, wenngleich ein sehr später: Erstmals hat ein Gericht die Regierung eines Bundesstaates dafür verantwortlich gemacht, dass sie bei der Einhaltung von Gesetzen zum Schutz der Indianer versagt hat. 1997 hatten die Panará Indianer aus den Amazonas-Staaten Mato Grosso

und Pará auf Wiedergutmachung für materielle und psychische Schäden geklagt, die sie durch die Errichtung einer Straße Anfang der 70er Jahre erlitten hatten.

Die Trasse führt direkt durch das Indianergebiet der Panará. Etwa 80 Prozent von ihnen waren während des Baus an Krankheiten gestorben,

die von weißen Eindringlingen eingeschleppt worden waren. Ein Berufsgesicht hat jetzt letztinstanzlich entschieden, dass die etwa 200 Panará über eine halbe Million Dollar Entschädigung erhalten.

Die Panará gehören zu Dutzenden von Indianervölkern, die seit den 60er Jahren durch die Amazonas-Erschließung der damaligen Militärregierung schwer geschädigt wurden. Nachdem viele von ihnen an „weißen“ Krankheiten gestorben waren, gegen die die Indianer nicht immun sind, wurden 79 überlebende Panará 1974 von ihrem Land vertrieben und in einem weit entfernten Reservat untergebracht.

1991 hatte eine Gruppe von ihnen erstmals wieder das traditionelle Siedlungsgebiet besucht. Ein Großteil des Landes war inzwischen von Goldsuchern zerstört worden oder von Viehzüchtern besetzt. Trotzdem gelang es den Indianern mit Hilfe von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, ihr Land wieder zu besiedeln und vor Gericht zu ziehen. „Der historische Sieg zeigt, dass indigene Völker, deren Rechte verletzt wurden, einen Regressanspruch haben“, kommentiert der Anthropologe Stephan Schwartzman, der seit 1980 die Panará unterstützt.

Gefährliche Goldmine

Zyanidwaschungen bedrohen den Victoria See

Im Juni begann die *Geita* Goldmine in Tansania mit Zyanid das Gold aus dem Gestein zu waschen. Die Mine ist am Nyamalembu Fluss gelegen, der in den Victoria See mündet, dem zweitgrößten See der Welt. Umweltschützer befürchten, dass das giftige Zyanid in den Fluss gelangt. Zahlreiche Tierarten sind bedroht. „Sollte das Zyanid in den See gelangen, dann würde nicht nur Tansa-

nia sondern auch die Nachbarstaaten und die Wasserversorgung von Millionen Menschen leiden“ sagt Tundu Lissu, Mitarbeiter des *World Resource Institute* in Washington, der selber aus Tansania stammt.

Auch die kenianische Umweltschützerin Professor Wangari Maathai vom *Greenbelt Movement* kritisiert die Goldgewinnung: „Es ist das gefährlichste und unethischste Un-

ternehmen, dass ich je getroffen habe“ erklärt sie und will die Bevölkerung entlang des Sees mobilisieren.

In den letzten Jahren wurde die Welt durch Giftkatastrophen von Goldminen in Südamerika, Spanien und zuletzt im Frühjahr in Rumänien aufgeschreckt.

Quelle: Project Underground www.moles.org

Deutschmark vertreibt Menschen

Geheime Weltbank-Inventur belegt die Zwangs-
umsiedlung von über 3 Millionen Menschen.
Wir Steuerzahler helfen ungefragt kräftig mit.

„Dieses Projekt schadet niemandem“, beteuerten Weltbank-Verantwortliche, als sie 1997 Indien mehr als eine halbe Milliarde Dollar Kredit bewilligten, um mehr Kohle abbauen zu können. Dem staatlichen Konzern *Coal India Ltd.* jedenfalls haben die Kredite nicht geschadet. Das Unternehmen arbeitet heute produktiver und profitabler. Nur die davon Betroffenen sind inzwischen in der Gegenwart angelangt. Gobinda Dehury und seine Frau Pankajini konnten mit ansehen, wie ihr Heimatdorf vergangenes Jahr von Bulldozern platt gemacht wurde. Heute lebt die Familie in der „Umsiedlungskolonie“ Handidhua. Eine „Geisterstadt“, in der die Wasserstellen kein genießbares Trinkwasser spenden, der shopping-Bereich keine Geschäfte beherbergt und das Gemeindezentrum ohne Gemeinde dasteht. „Ich wäre gerne in unserem Dorf geblieben“, sagt Pankajini Dehury. „Wir hatten alles: Strom, Wasser und Kohlen.“

Das Schicksal der von ihrem Besitz und aus der Heimat vertriebenen Familie Dehury ist alles andere als ein Einzelfall. Schon lange stehen die großen so genannten „Entwicklungsprojekte“ der Weltbank für die „Dritte Welt“ in der Kritik. Jetzt ist das Scheitern vieler Weltbank-Vorhaben auch amtlich - wenngleich nicht offiziell. Eine vertrauliche Inventur belegt, dass von der Weltbank aktuell finanzierte Projekte mehr als drei Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben haben. Die Inventur listet buchhalterisch korrekt auf elf Seiten sämtliche laufenden Projekte auf, die eine zwangsweise Umsiedlung von Menschen zur Folge haben - akkurat mit Genehmigungsdaten, Projektnummern und Finanzvolumen versehen.

Daneben enthält das vertrauliche Papier („Nicht zur Veröffentlichung vorgesehen“) zwei Zahlenreihen, hinter denen Millionen Schicksale stehen. Genau 3,16 Millionen, belegt das Papier, wurden gegen ihren Willen ihre Heimat verlassen - dank Weltbank-Dollars. Macht 681.000 Haushalte, aufgelöst und vertrieben von 241 Projekten, in denen der Finanzgigant derzeit nach eigenem Eingeständnis Zwangsumsiedlungen fördert.

Die Weltbank hat seit den 80er Jahren klare Richtlinien in Fällen von Zwangsumsiedlungen. Den Betroffenen muss mindestens der vorherige Lebensstandard geboten werden. Bei Landenteignung muss mit gleichwertigem Land ausgeglichen werden.

Als wäre die Vertreibung aus der Heimat nicht bereits schlimm genug, gibt es immer wieder Berichte, dass die ehrenwerten Ziele nicht greifen. Die Opfer werden häufig mit Versprechungen abgespeist, die nie oder nur unzureichend erfüllt werden. Mal sind es ein paar Dutzend Bauern, mal Zehntausende, die als Folge von Weltbank-Projekten buchstäblich auf der Straße stehen. In Peru beklagen Umweltschützer, eine von der Weltbank finanzierte Goldmine bringe der lokalen Wirtschaft keinerlei Aufschwung, vertreibe aber ohnehin arme Bauern von ihrem Land. In Lesotho kritisiert das *International Rivers Network* (IRN) mit Sitz in Kalifornien, ein von der Bank unterstütztes Wasserkraftprojekt, bei dem eine Reihe von Staudämmen gebaut werden. Die Weltbank habe nicht genug für die Zwangsumgesiedelten getan, deren Ländereien überflutet wurden. „Seit Projektbeginn hatten wir erhebliche Zweifel an den Möglichkeiten der



Weltbank, den Vertriebenen ein neues, menschenwürdiges Leben zu ermöglichen“, sagt IRN-Sprecher Lori Pottinger. Die Zweifel seien hundertprozentig bestätigt worden. Inzwischen arbeitet das Bank-Management an neuen, weltweit gültigen Richtlinien für Umsiedlungen - und verwässert diese, als sollten sie an die Realität angepasst werden. Die Land-für-Land-Regelung etwa, bisher eine Muss-Bestimmung, soll zu einer Kann-Bestimmung werden. Ganz im Sinne von Weltbank-Chef Wolfensohn, der kürzlich geäußert hat, die Bankrichtlinien müßten nicht wörtlich genommen werden. Dabei offenbart die vertrauliche Aufstellung noch einen weiteren, gravierenden Mangel bei der Kreditvergabe. Von den über drei Millionen Zwangsvertriebenen wurden mehr als die Hälfte Opfer so genannter B-Projekte.

A-Projekte gelten bei der Weltbank als Vorhaben, die weitreichende, teils irreversible ökologische Schäden nach sich ziehen. Bevor sie genehmigt werden, holt die Bank zahlreiche Gutachten ein, der Entscheidungsprozess ist halbwegs transparent. Für B-Projekte gilt das nicht. Folglich wurden rund 1,6 Millionen Menschen (52 Prozent aller Betroffenen) von aktuellen Weltbank-Projekten vertrieben, deren Verträglichkeit weniger streng abgeschätzt worden ist und bei denen keine Transparenz vorherrscht: Zwangsumsiedlung ohne viel Aufsehen.

Die Bundesregierung, drittgrößter Geldgeber der Weltbank, hat sich zu dem Ergebnis der vertraulichen Inventur bisher öffentlich nicht geäußert. Das kann sie jetzt nachholen. Vom 24. bis 28. September 2000 findet die nächste WB-Tagung statt, in Prag, nicht weit von Berlin.

Entschuldung funktioniert doch - in Deutschland

Das finanzielle Desaster der ärmsten Länder bekämpfen die G-8-Staaten im Schnecken tempo

Die führenden sieben Industrienationen und Russland (G-8-Staaten) scheuten bei ihrem diesjähriges Treffen in Japan keine Kosten: 1,55 Milliarden Dollar für drei Tage Gipfelgespräche. Die Summe hätte ausgereicht, ein afrikanisches Land zu entschulden. Tatsächlich ist ein Jahr nach der Kölner „Schuldeninitiative“ aus 1999 allein Uganda in den Genuss von knapp 2 Milliarden Dollar Erlass gekommen. Ansonsten ist eine finanzielle Verbesserung bisher gerade für acht weitere Länder eingeleitet worden.

Entsprechend enttäuscht über das schleppende Entschuldungstempo der Reichen äußerten sich denn auch Menschenrechts- und Umweltgruppen am Rande des japanischen G-8-Gipfels. Sie lassen den Vorwurf der Gläubiger nicht gelten, die Regierungen der armen Länder hätten schlecht gewirtschaftet oder sich selbst bereichert. Egal, so die NGO-Meinung, wer die Schulden gemacht hat und was mit dem Geld geschehen ist: Es sind immer die Armen, die am stärksten unter den Einsparungen leiden, zu denen Regierungen gezwungen werden, wenn sie zu hohe Schulden begleichen müssen.

Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, steigende Kindersterblichkeit, der Zusammenbruch der Sozialsysteme - und die Zerstörung der Natur. Wenn etwa Agrarprodukte für den Export angebaut werden müssen und deswegen Wälder in Ackerflächen verwandelt werden.

Eine der wichtigsten Ursachen der Überschuldung vieler Staaten hat ohnehin keine ökonomischen Ursachen, sondern ist ein Ergebnis politischer Vorgaben. Während des Kalten Krieges sollten bestimmte Regime gestützt werden. Dies gilt beispielsweise für das ehe-

malige Zaire (heute Demokratische Republik Kongo), das noch über riesige Regenwaldflächen verfügt. Schon 1982 stellte ein Report des Internationalen Währungsfonds (IWF) fest, dass die Kredite zum größten Teil direkt auf die Privatkonten des damaligen Präsidenten Mobutu flossen. Dennoch erhielt dieser in den achtziger Jahren rund 8,5 Milliarden US-Dollar. Als treuer Verbündeter des Westens sollte Mobutu während des Kalten Krieges an der Macht gehalten werden. Jetzt fordern die Kreditgeber von der neuen Regierung die Rückzahlung der Gelder.

Die Folgen der Schuldenkrise haben sich heute zu einer Schuldenfalle ausgeweitet. Mosambik müsste 12 Jahre lang alle Einkünfte aus dem Verkauf seiner Exportgüter an die Gläubiger überweisen, um seine Schulden abzubezahlen. Doch das Land muss gleichzeitig dringend benötigte Medikamente, Nahrungsmittel und Maschinen importieren. Nach Abzug dieser notwendigen Ausgaben hat Mosambik in einigen Jahren nicht einmal alle anfallenden Zinsen bezahlen können.

Eines der Länder, in denen die Menschen massiv unter den Folgen der Schuldenkrise leidet, ist Sambia.

Das Land hatte Ende 1995 langfristige Auslandsschulden in Höhe von über fünf Milliarden Dollar. Dabei unterwarf sich Sambia bereits Anfang der achtziger Jahre den vom IWF verordneten Strukturanpassungsprogrammen.

Der sambische Bischof De Jong sieht zwar gewisse wirtschaftliche Erfolge, etwa den drastischen Rückgang der Inflation und einen ausgeglichenen Staatshaushalt, warnt aber vor den Folgen solcher Radikalkuren. „Die wirtschaftlichen Verbesserungen wurden um einen hohen menschlichen Preis erkaufte. Von 1990 bis 1993 gab die sambische Regierung 37 Millionen Dollar für Grundschulbildung aus - gleichzeitig zahlte sie 1,3 Milliarden an Schuldendienst. Zwischen 1985 und 1995 sank die Lebenserwartung von 52 Jahren auf 48 Jahre. Nach Angaben der Weltbank leben bis zu 80 Prozent der Sambier in absoluter Armut. Unterdessen stieg der Schuldenstand dennoch weiter an. Die Rückzahlungen reichten nicht einmal zur Bedienung der fälligen Tilgungsraten und Zinsen.

Was das Zögern der Bundesregierung und der anderen Industrienationen in der Frage eines Schuldenerlasses für die Betroffenen be-

Der Zwang zur Erwirtschaftung von Devisen führt in vielen Ländern zu einer massiven Zerstörung der Umwelt, die weltweite Auswirkungen hat.



deutet, lässt sich in einem UN-Bericht über die menschliche Entwicklung von 1997 nachlesen: „Die hoch verschuldeten armen Länder brauchen die Schuldenerleichterung sofort und nicht irgendwann in der Zukunft. Eine spürbare Erleichterung für die 20 am stärksten verschuldeten Länder würde zwischen 5,5 und 7,7 Milliarden Dollar kosten.“ Zum Vergleich: Die Bundesregierung kassierte gerade fast 100 Milliarden Mark für den Verkauf von Mobilfunk-Lizenzen.

„Wenn die hochverschuldeten Länder von ihren jährlichen Schuldentrückzahlungen befreit würden, könnten sie diese Mittel für Investitionen einsetzen“, so der UN-Bericht weiter. „Allein in Afrika könnte so bis zum Jahr 2000 das Leben von rund 21 Millionen Kindern gerettet werden.“

Schon zu Beginn der neunziger Jahre analysierte die US-Journalistin Susan George die Folgen der Schuldenkrise für die Industrienationen. Der Zwang zur Erwirtschaftung von Devisen führe in vielen Ländern zu einer massiven Zerstörung der Umwelt, die weltweite Auswirkungen hat. Die Verarmung verursache zudem die Zunahme von Bürgerkriegen und Flüchtlingsströmen.

Menschenrechts- und Umweltorganisationen fordern daher weltweit einen Schuldenerlass gegen Auflagen. So soll der Gegenwert der ein-



Deutschland wurde 1953 entschuldet. Die jährlichen Raten sanken unter fünf Prozent der Exporteinnahmen.

gesparten Summen in den jeweiligen Landeswährungen von den begünstigten Staaten in nachhaltige Entwicklungsprogramme investiert werden: Schutz der Wälder und damit Erhalt der Lebensgrundlage für die Waldbewohner.

Vernünftige Landreformen, die Bauern ausreichend Ackerflächen und damit ein Auskommen sichern, damit sie nicht länger gezwungen sind, immer neue Regenwaldgebiete abzubrennen. Oder die Vergabe von Kleinkrediten, damit Menschen die Chance erhalten, so genannte Sekundärprodukten aus den Wäldern zu sammeln, zu verarbeiten und zu vermarkten.

Rettet den Regenwald fordert zudem, Diktatoren wie Mobutu oder den ehemaligen indonesischen Präsidenten Suharto weltweit zu verfolgen, vor Gericht zu stellen und ihre illegal erworbenen Millionen zwecks Schuldentilgung zu beschlagnahmen.

Auch das reiche Deutschland, das 2,4 Milliarden Mark Expo-Verluste locker wegstecken kann, ist gefordert, die armen Länder aus der Schuldenfalle zu befreien. Finanzminister Eichel kennt keine Gnade. Er will die fast 100 Milliarden aus dem Verkauf der Telefonlizenzen zwar zur Schuldentilgung einsetzen, meint damit aber den deutschen Haushalt. Gegen diese Haltung hat sich inzwischen ein breites Bündnis aus NGOs gebildet, das sechs Prozent der Summe für die Dritte Welt fordert. Vielleicht sollte Eichel an das Jahr 1953 zurückdenken? Damals wurde der noch jungen Bundesrepublik im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen ein so großer Teil der Schulden erlassen, dass die jährlichen Rückzahlungsraten deutlich unter fünf Prozent der Exporteinnahmen sanken. Mit einer solchen Quote könnten in afrikanischen Ländern Menschenleben und Wälder gerettet werden.

Steuerwirksame Zuwendungsbestätigung

Rettet den Regenwald e. V. ist wegen Förderung des Umweltschutzes nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamt Hamburg-Mitte-Altstadt, Steuernummer 17/433/0613 mit Freistellungsbescheid vom 5. August 1999 (95-97) wegen Förderung des Umweltschutzes nach Paragraph 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit und als begünstigter Empfänger anerkannt. Es wird bestätigt, dass die Zuwendungen nur zur Förderung des Umweltschutzes verwendet wird. Der abgestempelte Beleg der Überweisung reicht bei Spenden bis 100 DM zur Vorlage beim Finanzamt aus. Für Beträge über 100 DM erhalten Sie zum Jahresende unaufgefordert eine Spendenbescheinigung.

Rettet den Regenwald e. V.
Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg

Fördermitgliedschaft

Ich möchte *Rettet den Regenwald* regelmäßig unterstützen. Weil ich mehr für Umweltschutz statt Bankgebühren bin, erteile ich *Rettet den Regenwald e.V.* diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4jährlich jährlich

200 Mark 100 Mark 60 Mark Mark

ab Monat Jahr

BLZ Konto

Geldinstitut

Datum/Unterschrift

Absender:

Vorname, Name

Strasse und Hausnummer

PLZ und Ort

Die angegebenen Daten werden unter strenger Beachtung der Datenschutzvorschriften automatisch zum Zweck von *Rettet den Regenwald e.V.* bearbeitet. Sie werden keinem Dritten zugänglich gemacht.

Ich möchte eine Regenwald-Urkunde

Ich möchte den Regenwald Report verteilen.



Rettet den Regenwald e.V.

Rainforest Rescue
Friedhofsweg 28
22337 Hamburg
Tel. 040 - 410 38 04
Fax 040 - 450 01 44

regenwald@umwelt.ecolink.org
Internet:www.regenwald.org

Spendenkonto:
Sparda-Bank Hamburg
Kontonummer 600 463
BLZ 206 905 00

Rettet den Regenwald e.V. ist vom Finanzamt als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig. Förderer und Spender erhalten den Regenwald Report kostenlos.

Impressum: Herausgeber Reinhard Behrend; Redaktion/Berichte: Werner Paczian, Reinhard Behrend; Fotos: Karl Ammann, Susanne Breitkopf, Hermann Edelmann, Archiv; Gestaltung: Ulrich Kronberg; Druck: ABC-Druck.

Geschenk-Abonnement

Wer ein Jahres-Abonnement Regenwald Report verschenken möchte, sendet uns einfach 20 Mark (V-Scheck oder bar) im Briefumschlag. **Empfängeranschrift nicht vergessen!**

Überweisungsauftrag / Zahlschein

.....
(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts) (Bankleitzahl)



Herzlichen Dank für Ihre Spende

Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Empfänger (max. 27 Stellen)	
Rettet den Regenwald e.V.	
Konto-Nr. des Empfängers	Bankleitzahl
600 463	Sparda-Bank, Hamburg 206 905 00
Spende	
DM oder EUR	Betrag
DM	<input style="width: 100%;" type="text"/>
Name des Spenders	
<input style="width: 100%;" type="text"/>	
PLZ und Straße des Spenders (max. 27 Stellen)	
<input style="width: 100%;" type="text"/>	
Kontoinhaber/Einzahler, Name, Ort (max. 27 Stellen)	
<input style="width: 100%;" type="text"/>	
Konto-Nr. des Kontoinhabers	19
<input style="width: 100%;" type="text"/>	

SPENDE

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers

Empfänger
Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Kto.-Nr bei
600 463, Sparda-Bank Hamburg

Verwendungszweck
Spende

DM

Auftraggeber/Einzahler (genaue Anschrift)

Datum

Quittung des Kreditinstituts bei Barzahlung

Datum

Unterschrift

Denkt an den Wald, vergisst den Forst!

Nur wenn sich die Tropenwaldpolitik grundsätzlich ändern, haben die Wälder noch eine Chance.



In fast allen Waldgebieten der Erde haben sich lokale und manchmal überregionale Bündnisse gegründet, die sich gegen staatliche und private Großprojekte und die damit verbundenen „Entwicklungs“strategien auflehnen. Auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der Bundesrepublik ist wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die verbliebenen Naturwälder und lokale Bevölkerungsgruppen immer wieder in die Kritik geraten.

Rettet den Regenwald fordert daher mit anderen Organisationen schon lange, die Tropenwaldpolitik grundlegend zu ändern. Denn die seit Jahren von Holzkonzernen und Politikern als „nachhaltig“ bezeichnete Tropenwaldnutzung hat an der Zerstörung nichts geändert.

Oberstes Ziel muss künftig sein, statt der bisher geförderten Forst- eine Waldwirtschaft zu etablieren. Mit wenigen Ausnahmen steht im Rahmen der EZ bisher die forstwirtschaftliche Nutzung der Wälder im Vordergrund. Die Holzernte ist jedoch nur eine von vielen Formen der wirtschaftlichen Nutzung von Wäldern. Die nachhaltige Nutzung sogenannter „sekundärer“ Waldprodukte wie Kautschuk, Öle, Harze oder Farbstoffe schafft nicht nur bessere Voraussetzungen für eine ökologische angepasste Nutzung - sie kommt auch eher der lokalen Bevölkerung zu Gute.

Rettet den Regenwald fordert daher von der EZ, nicht weiter einseitig den Ausbau forstwirtschaftlicher Behörden und Nutzungskonzepte zu fördern, sondern stärker traditionelle Bewirtschaftungssysteme lokaler Nutzergruppen zu unterstützen und ihnen zur politischen Anerkennung zu verhelfen. Dazu gehört die Einrichtung und rechtliche Absicherung von „Extractive Reserves“ als schonende Form der Waldnutzung:

Schutzgebiete also, in denen ausschließlich eine nachhaltige Nutzung der vielen Waldprodukte durch die lokale Bevölkerung erlaubt ist, einschließlich einer behutsamen Holzernte für den Eigenbedarf und die regionalen Märkte.

Um von einer Forst- zu einer Waldwirtschaft zu kommen, muss nicht nur die deutsche EZ grundlegend reformiert werden. Hauptforderungen an eine neue EZ sind:

- Die Entwicklung von verbindlichen, kontrollierbaren ökologischen und sozialen Mindeststandards, wie sie zum Beispiel von der Weltbank entwickelt wurden.
- die partnerschaftliche Beteiligung der lokalen Bevölkerung bei der Projektplanung und während einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP).
- „Glasnost“ in der EZ durch eine neue Informationspolitik, bei der NGOs, lokale Gemeinschaften und unabhängige Experten Einsicht in UVPs und andere zentrale Planungsdokumente erhalten.
- Etablierung eines Mechanismus, der die Einhaltung der Mindeststandards für die betroffene Bevölkerung einklagbar macht, beispielsweise durch Einrichtung einer Ombudsstelle im BMZ, die Beschwerden lokaler Bevölkerungsgruppen entgegennimmt, überprüft und nach Lösungen sucht.
- Die Einführung von ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Mindeststandards für den gesamten Bereich der Außenwirtschaftsförderung (Exportkredite, Kapitalanlagegarantien, Hermesbürgschaften).

Unterm Strich hat die internationale EZ in ihrem Bemühen versagt, die Dynamik der Waldzerstörung zu verlangsamen oder gar aufzuhalten. Dies ist unter anderem Folge einer unzureichenden Ursachenanalyse.

Gerade in den Tropen liegen wichtige Ursachen der Waldzerstörung und -degradierung außerhalb der Waldgebiete (zum Beispiel fehlgeleitete Agrarpolitik, kontraproduktive Landrechtsgesetzgebung und korrupte Staatsapparate). Daher darf künftig der Schwerpunkt der deutschen Tropenwald-EZ nicht weiter im Bereich forstwirtschaftlicher Maßnahmen liegen. Vielmehr muss die Tropenwald-EZ die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der armen Bevölkerung auch außerhalb der Wälder nachhaltig verbessern, um sie beispielsweise von Brandrodung abzuhalten.

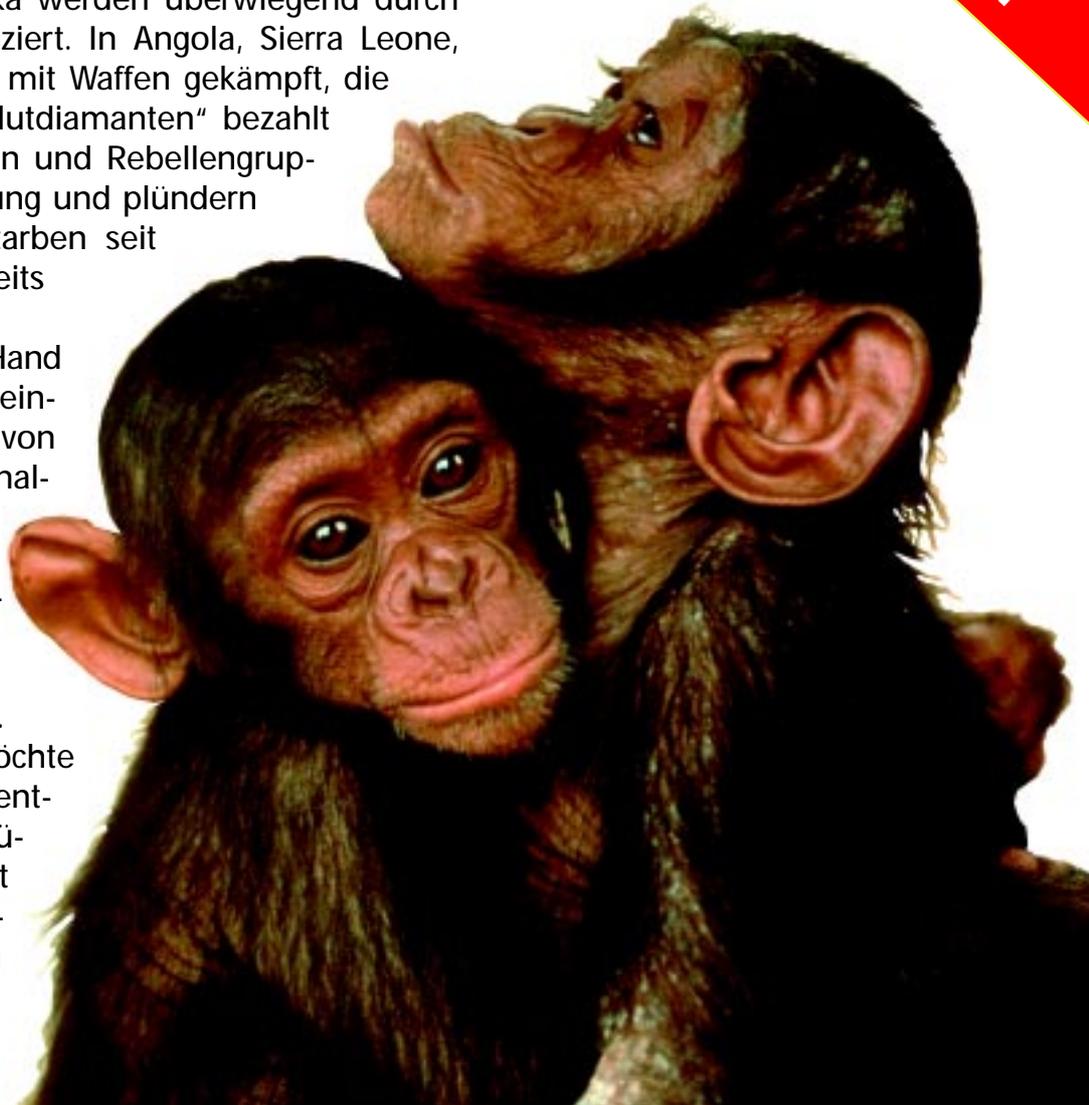
Gleichzeitig fordert *Rettet den Regenwald*, die kriminellen Waldzerstörer vor Gericht zu stellen. Dazu müssen die Holzimportländer Gesetze schaffen, die es möglich machen, illegale Praktiken auch in den Heimatländern der Konzerne zu bestrafen. Zusätzlich müssen die Waldvölker im Kampf gegen ihre eigenen korrupten Regierungen und Behörden unterstützt werden. Allerdings sind für die weltweite Waldzerstörung nicht allein Holzkonzerne und bestechliche Politiker verantwortlich. Auch das Konsumentenverhalten schafft einen zusätzlichen Anreiz, die Wälder zu plündern oder sie in Agrarwüsten zu verwandeln.

Verzicht auf Tropenholz aus Raubbau und Fleisch aus den Regenwäldern rettet Wälder. Genauso wie eine Reduzierung unseres Papier- und Energieverbrauchs. Wer Steaks oder Eier aus Massentierhaltung konsumiert, verspeist den Amazonas gleich mit. Dort frisst sich der Sojaanbau immer weiter in die Regenwälder. Sojaschrot ist das wichtigste Futtermittel in Turbomastbetrieben. Nur wer heute auf regenwaldzerstörende Produkte verzichtet, kann morgen noch die Faszination der Urwälder erleben.

Warum nehmt ihr uns den Frieden?

Bitte kopieren
und weitergeben

Verheerende Kriege in Afrika werden überwiegend durch Diamantenschmuggel finanziert. In Angola, Sierra Leone, Liberia und im Kongo wird mit Waffen gekämpft, die aus dem Verkauf dieser „Blutdiamanten“ bezahlt werden. Bewaffnete Armeen und Rebellenruppen töten die Zivilbevölkerung und plündern Dörfer. Allein im Kongo starben seit Ausbruch der Kämpfe bereits 1,7 Millionen Menschen! Diamantenschmuggel geht Hand in Hand mit illegalem Holzeinschlag und der Wilderei von geschützten Tieren. Nationalparks werden regelrecht geplündert: Gorillas und Elefanten gejagt, der Regenwald abgeholzt. Die vor Ort arbeitenden Naturschützer sind auf Hilfe angewiesen. Rettet den Regenwald möchte den Diamantenskandal öffentlich machen und die Wildhüter in den Nationalparks mit mindestens 10.000 Mark unterstützen. Dafür benötigen wir Hilfe.



Ich unterstütze die Kampagne gegen Blutdiamanten!

Vorname, Name:

Straße, Hausnummer:

PLZ:

Ort:

E-Mail:



Bitte einsenden an:
Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg
Tel. 040 - 410 38 04
Fax 040 - 450 01 44
E-Mail: info@regenwald.org

- Ich helfe mit einer Spende von DM auf die Sparda-Bank Hamburg, Kontonummer 600 463, BLZ 206 905 00.
- Ich möchte weitere Informationen.